

Betreff:

Hearing zur Stellplatzsatzung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.05.2015 -

Antragstext:

Im Rahmen der Debatte um die Revitalisierung des ehemaligen Gerichtsareals gab es erneut Probleme mit der derzeitigen Stellplatzsatzung. Deren Bestimmungen mit Bezug auf Hochschulen und Universitäten sollen in Zukunft nun bei 1 zu 10 liegen. Dennoch ist die derzeitige Stellplatzsatzung für zukünftige Herausforderungen, z.B. Seniorenwohnungen, nicht gerüstet.

Andere Städte, wie z.B. Berlin, haben ihre Stellplatzsatzungen (für Pkw-Stellplätze) bereits seit Jahren abgeschafft und setzen auf andere Modelle oder haben wie z.B. Frankfurt am Main deutlich niedrigere Quoten als Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr führt in angemessener Zeit ein Hearing durch, zu dem Städteplaner, Verkehrsplaner, Grundeigentümer, Mieter und andere Betroffene sowie Vertreter der zuständigen Behörden aus anderen Städten eingeladen werden.
2. Dabei sollen vorrangig Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:
 - a. Welche Schlüssel für die Bereitstellung von Stellplätzen sind realitätsnah und angemessen für die jeweiligen Flächennutzungen?
 - b. Welche Möglichkeiten kann es abseits von Bereitstellung und Ablösung von PKW-Stellplätzen durch den Bauherren geben und mit welchen Modellen haben andere Städte gute Erfahrungen gemacht?
 - c. Welche Ersatzmodelle gibt es bzw. wie wurden diese in denjenigen Städten angewandt, die die Stellplatzsatzung abgeschafft haben und welche Erfahrungen wurden damit gemacht?

Wiesbaden, 06.05.2015

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin